

BI Konversion statt BuGa kritisiert den Durchführungsvertrag mit der DBG

Jetzt, wo der „Geheim“-Vertrag entgegen der Absicht der Vertrags-Parteien doch öffentlich geworden ist, sind neue Sachverhalte zutage getreten. Nun wird klar, warum der Gemeinderat den Vertrag in nicht-öffentlicher Sitzung beschlossen hat.

„Die Aushebelung des Gemeinderates und die absolute Nicht-Berücksichtigung der Bürger-Planungsgruppen, d.h. die Übergabe der Gestaltungsmacht im wesentlichen an die (lobbygetriebene) Gartenbaugesellschaft ist alles in allem ein zutiefst undemokratischer Prozess zu Gunsten einiger Profiteure, wie man dem Vertrag entnehmen kann.“

Entgegen den Behauptungen von OB Kurz waren die "wesentlichen Inhalte" des Vertrages den Bürgern eben nicht schon vor der Veröffentlichung im Mannheimer Morgen bekannt.

Die BI Konversion statt BuGa begrüßt die im Vertrag sehr niedrig angesetzte Entschädigungszahlung im Falle eines Ausstiegs der Stadt Mannheim. Wenn die BuGa kurz nach Ablauf der Bindungsfrist des Bürgerentscheides abgesagt wird, dann kostet das 1 Million Euro. Ab 2017 werden es 2 Millionen und ab 2019 3 Millionen. Das ist deutlicher weniger als der zu erwartende Verlust aus der Durchführung der BuGa. Vielleicht will man sich insgeheim die Hintertür zum Ausstieg aus der BuGa offen halten. Von uns als BI gibt es dafür volle Unterstützung. Der im Mai zu wählende neue Gemeinderat kann guten Gewissens in 2016 den Ausstieg aus der BuGa beschließen.

Wir lassen uns nicht den „Schwarzen Peter“ in die Schuhe schieben: SPD-Fraktionsvorsitzender Eisenhauer nennt unbescholtene Bürger "selbsternannte Interessenvertreter" und "verbohrte Einzelkämpfer" und wirft ihnen "plumpe Stimmungsmache" vor. Er akzeptiert offenbar nicht, dass Basisdemokratie davon lebt, was er Selbsterneuerung nennt und de facto Eigeninitiative ist.

Auch wir sind Befürworter der Idee eines durchgehenden Grünzugs vom Neckar bis zum Rhein. Aber es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie der Grünzug umzusetzen ist!

